
11294/J XXVII. GP

Eingelangt am 15.06.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien
betreffend Gewalt gegen Kinder eskaliert seit den Lockdowns

Gemäß einem Bericht des ORF Landesstudios Salzburg haben die Meldungen von misshandelten Kindern in der Stadt Salzburg in den Lockdown-Jahren massiv zugenommen und würden immer mehr steigen:

Die Stadt fordert nun mehr Budget von Land und Bund sowie bessere Rahmenbedingungen für das Personal. Zwei Mal pro Tag wird in der Stadt Salzburg die Kinder- und Jugendhilfe gerufen – bei der Lehrer, Nachbarn oder Bekannte die Verdachtsfälle von Gewalt melden. Solche Fälle hätten in den vergangenen zwei Jahren um 75 Prozent zugenommen, sagt Adelheid Moser von der Kinder- und Jugendhilfe in der Stadt Salzburg.

Der Hut brenne, heißt es auch beim großen Sozialverein Koko mit Krisenplätzen und Wohngemeinschaften für Kinder und Jugendliche. Landesweit hat die Organisation 91 Wohnplätze, 75 davon in der Stadt Salzburg. 2021 waren in einzelnen Monaten alle Betten belegt. Man hätte weitere Wohnplätze gebraucht.

Die steigenden Fallzahlen erfordern laut Fachleuten auch mehr Personal. Ziel der Kinder- und Jugendhilfe ist es, die Kinder so lange wie möglich zu Hause zu betreuen. Die ambulante Betreuung von Krisenfamilien gerate aber immer mehr unter Druck. Der Fachkräftemangel sei auch in der sozialen Arbeit angekommen, betont Jugendhelferin Moser. Sie fordert von der Politik mehr Geld und strukturelle Verbesserungen, damit mehr Personal ausgebildet und eingestellt werden kann.¹

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien nachstehende

¹ <https://salzburg.orf.at/stories/3160063>

Anfrage

1. Ist Ihnen das Phänomen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, die seit den Lockdowns massiv gestiegen ist, bereits bekannt?
 - a. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen, Pläne etc. wurden Ihrerseits bisher getroffen?
2. Welche konkreten Maßnahmen, Pläne etc. sind seitens Ihres Ministeriums zukünftig geplant?
3. Wann kann mit der konkreten Umsetzung dieser Maßnahmen, Pläne etc. gerechnet werden?
4. Wie viele Meldungen bezüglich Verdachtsfällen von Gewalt an Kindern und Jugendlichen an die Kinder- und Jugendhilfe gab es in den Jahren 2019 bis 2022 (Bitte um Auflistung nach Jahren und Bundesländern)?
5. Gab es im Zuge dieser Auswertung irgendwelche Auffälligkeiten?
 - a. Wenn ja, welche?
6. Sind seitens Ihres Ministeriums weitere Wohnplätze für Kinder und Jugendliche geplant?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Wenn ja, wie viele?
 - c. In welchen Bundesländern?
 - d. Wann sollen diese konkret umgesetzt werden?
7. Ist seitens Ihres Ministeriums mehr Personal für die Kinder- und Jugendhilfe geplant?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Wenn ja, wie viel mehr Personal ist eingeplant?
 - c. In welchen Bundesländern?
 - d. Wann sollen diese ihre Arbeit aufnehmen?